

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 36 846 ppbn d



Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion, prangert das "Beschäftigungsförderungsgesetz" als Lüge an: Größter bisheriger Etikettenschwindel.

Seite 1

Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag, kommentiert die Interview-Äußerungen von Bauernverbands-Präsident, Freiherr Heeremann: Agrarpolitische Vernunft über Parteigrenzen hinweg.

Seite 3

Fritz Gautier MdEP, Mitglied des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung, weist Zimmermanns jüngste Ankündigungen zum Umweltauto zurück: Gebrüll eines zahnlösen Löwen.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zerpfückt die Sprachregelungen von Bundesfinanzminister Stoltenberg: Wende nur in Worten.

Seite 5

40. Jahrgang / 74

18. April 1985

Größter bisheriger Etikettenschwindel

Das "Beschäftigungsförderungsgesetz" stellt faktisch eine Lüge dar

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Wer vor dem Deutschen Bundestag Fraktionen oder auch einzelne Abgeordnete der "Lüge" bezichtigt, wird vom amtierenden Präsidenten mit Sicherheit gemäß der Geschäftsordnung unseres Parlamentes mit einem Ordnungsruf bedacht. Das gleiche gilt ohne Frage auch für Redebeiträge, in denen derselbe Personenkreis als Erfüllungsgehilfe oder dergleichen für bestimmte Bevölkerungskreise gebrandmarkt würde.

Ich fürchte, am Freitag dieser Woche wird der Präsident des Deutschen Bundestages viel Arbeit bekommen, wenn das von CSU/FDP/CDU vorgelegte sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz seine letzte gesetzgeberische Hürde im Bonner Parlament nehmen soll.

Denn die Rechtskoalition und ihre Abgeordneten lügen, wenn sie (unter anderem mit Hilfe des Namens dieses Gesetzeswerkes) den Eindruck erwecken wollen, das Gesetz trage zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen bei. Das Gegenteil ist der Fall.

Und die Rechtskoalition und ihre Abgeordneten machen sich mit diesem Gesetz endgültig zum ungenierten Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeber in unserem Land, die das in den USA praktizierte System des "Heuern und Feuern" auch im ehemaligen Sozialstaat Bundesrepublik anwenden möchten.

Das "Beschäftigungsförderungsgesetz" ist der bisher größte Etikettenschwindel dieser Bundesregierung, sein richtiger Name müßte lauten: Entlassungsförderungsgesetz.



Mit ihm werden Arbeitnehmerrechte, die in jahrelangen Kämpfen von Gewerkschaften und Arbeitnehmern durchgesetzt werden konnten, abgebaut, ausgehebelt und zerschlagen - und das alles sinnigerweise mit dem Inkrafttretungstermin des Gesetzes zum 1. Mai 1985.

Mit ihm wird kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz in unserem Land geschaffen werden - ganz im Gegenteil! Die stärkere Zulassung von Zeitverträgen und die Ausdehnung der Leiharbeit tragen zum Verlust von Vollzeitarbeitsplätzen bei und verschlimmern die ohnehin schon katastrophale Lage auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt weiter. Die Massenarbeitslosigkeit wird sich dank Christ- und Freidemokraten weiter erhöhen.

Zudem wird durch die Hintertür der Kündigungsschutz ausgehöhlt und abgebaut. Und neben der Entwicklung von der Vollzeit zur Teilzeit wird auch die bisher sozial gesicherte Teilzeitarbeit von mehr als 20 Stunden in die Fänge der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse ohne arbeits- und sozialrechtliche Absicherung treiben.

Was die Bundesregierung "Beschäftigungsförderung" nennt, ist in Wahrheit massiver Sozialabbau.

Wo aber bleiben die "Bonner Bayern", die CSU-Landesgruppe? Macht sie, machen die bayerischen CSU-Abgeordneten diese Lüge eines Beschäftigungsförderungsgesetzes mit?

Oder besinnen sie sich an ihre Sonntagsreden von der CSU als dem sozialen Gewissen der Bonner Regierungskoalition?

Ich habe wenig Hoffnung, zu oft schon haben sich christsoziale Reden als bloßes Gerede entpuppt, das nur öffentlichkeitswirksame Schlagzeilen bewirken sollte.

Ich fürchte, auch am Freitag wird der Faktor Mensch in der CSU-Kalkulation gering wiegen. Der Betriebsratsvorsitzende des Volkswagenwerkes Hannover hat es in einer Anhörung des Bundesausschusses für Arbeit und Sozialordnung so ausgedrückt: "Der Faktor Mensch wird durch dieses Gesetz wieder zur Manövriermasse der Arbeitgeber."

Seine Kollegen zum Beispiel bei BMW und jedem anderen Betrieb Bayerns werden es nach dem 1. Mai 1985 am eigenen Leib zu spüren bekommen. (-/18.4.1985/rs/ks)

+ + +



Agrarpolitische Vernunft über Parteigrenzen hinweg

Anmerkungen zum Interview des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
im Deutschen Bundestag

Das sonntägliche Interview des Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes im Deutschlandfunk hat viel Staub aufgewirbelt, weil Freiherr Heeremann sich für Gespräche über Parteigrenzen hinweg ausgesprochen hat. Ich sehe darin keine Sensation, sondern eher eine Selbstverständlichkeit und Bestätigung dafür, daß die SPD auch für den Deutschen Bauernverband ein ernsthafter Gesprächspartner ist. Als langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten habe ich überparteiliche Zusammenarbeit in der Agrarpolitik immer gepflegt, wenn dies im Dienste der Sache und der betroffenen Menschen war. So haben wir in der jüngsten Ausschusssitzung wieder zwei Gesetzesvorhaben, nämlich das Forstschäden-Ausgleichsgesetz und das Landpachtverkehrsgesetz einmütig verabschiedet. Auch in der bedeutsamen Agrarsozialpolitik sehe ich keine unüberwindlichen Hürden, um auch wie früher schon zu Gemeinsamkeiten zu kommen.

Gemeinsamkeiten in einzelnen Sachfragen können und sollten bestehende Meinungsunterschiede nicht verwischen. Und solche Unterschiede bestehen zwischen den Unionsparteien und dem Deutschen Bauernverband auf der einen Seite und der SPD auf der anderen in grundsätzlichen Fragen der Agrarpolitik. Jetzige Beispiele dafür sind unter anderem die dilletantisch durchgeführte Milchkontingentierung und die fünfprozentige Mehrwertsteuerpauschale-Beschlüsse, die Freiherr Heeremann jetzt zwar attackiert, die er aber schließlich mit beschlossen hat. Die für die agrarpolitischen Fehlentscheidungen Verantwortlichen müssen die Konsequenzen ihrer Politik schon selber ausbaden. Da lassen wir uns nicht mit hineinziehen.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird sich niemand einer Rettungsaktion verweigern wollen. Die Agrarpolitik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß viele Bauern im Brunnen liegen. Auch wenn wir grundsätzliche Bereitschaft zeigen, den Betroffenen jetzt zu helfen, dann wollen wir damit nicht die Schuldfrage abhaken.

Angesichts der großen Schwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft - besonders im nächsten Jahrzehnt - halte ich es nicht nur für zweckmäßig, sondern für staatspolitisch notwendig, sich an einen Tisch zu setzen und über die Lösung der Zukunftsprobleme nachzudenken. Deshalb habe ich vor wenigen Wochen angeregt, noch vor der Sommerpause eine Anhörung des Ernährungsausschusses über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft in der EG durchzuführen. Ich werde in den nächsten Tagen darüber mit den Obleuten der Fraktionen Gespräche führen und meine Vorstellungen konkretisieren. Es wäre gut, wenn wir am Ende des Diskussionsprozesses möglichst viel Übereinstimmung über Parteigrenzen hinweg erzielen könnten.

(-/18.4.1985/rs/ks)

+ + +



Das Gebrüll eines zahnlosen Löwen

Zu Zimmermanns jüngsten Ankündigungen zum Umwelt-Auto

Von Fritz Gautier MdEP

Mitglied des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung

Zimmermann hat es offensichtlich immer noch nicht aufgegeben, seine Abgas- und Steuer-
verwirrung als Erfolg zu verkaufen. Bei dem neuesten Beispiel fragt man sich, ob
Zimmermann eigentlich an dem Beschluß der Umweltminister der EG mitgewirkt hat. Zim-
mermann hat behauptet, daß die neuen "EG-Abgasnormen den amerikanischen gleichwertig"
sein sollen. Dieses ist schlicht falsch. Ausweislich des Protokolls der Bundesregie-
rung über die Ministerratssitzung und ausweislich der Veröffentlichungen des Minister-
rats sollen die neuen EG-Abgasnormen für PKW unter 2000 ccm den amerikanischen nicht
gleichwertig sein, sondern es sollen Werte festgelegt werden, die auch durch die
Magermotor-Technik in Kombination mit einem Oxidationskatalysator zu erzielen sind.

Und gerade für Stickoxide (NOx) sind die amerikanischen Werte mit dem Magermotor
nicht zu erzielen. Da die Bundesregierung sich verpflichtet hat, für die Steuer-
ermäßigung die neuen Euronormen zugrunde zu legen, wird die am morgigen Freitag im
Bundestag zu verabschiedende Steuerförderung wohl erneut Makulatur bleiben. Denn für
drei Kategorien von Autos gibt es laut MR-Vereinbarung drei prinzipiell und systema-
tisch verschiedene Abgasnormen:

- a) für PKW unter 1400 ccm gelten nicht nur wenige strikte Normen, sondern auch noch
andere Verfahren, da NOx und HC als Summengrenzwert festgelegt werden. Dies sind
in der EG weit mehr als ein Drittel der PKW.
- b) Für PKW zwischen 1400 ccm und 2000 ccm gelten für HC und CO zwar amerikanisch-
gleichwertige Normen, aber für NOx muß ein höherer (umweltverträglicher) Wert fest-
gelegt werden, um den Erfordernissen der Mager-Verbrennung gerecht zu werden. Dies
sind fast die Hälften der PKWs in der EG.
- c) Für PKW über 2000 ccm sollen dann tatsächlich Werte gelten, die für alle Werte
(HC, NOx, CO) den amerikanischen vergleichbar sind.

Wenn Zimmermann nicht erneut neuen völligen Schiffbruch erleben will, dann sollte er
zur Festlegung der europäischen Normen für alle PKW folgendes Verfahren vorschlagen:
Eine statistisch signifikante Anzahl sowohl von Autotypen wie von einzelnen Autos
innerhalb der Typen, die in den USA Zulassung bekommen haben, werden nach dem EG-
Verfahren (ECE-Test) vermessen. Die so gemessenen Emissionen dieser Fahrzeuge an NOx,
HC und CO werden dann als europäische Normen definiert.

Dieses wird Zimmermann wohl nicht wollen, denn er selber weiß ja auch, daß er schon
beschlossen hat, keine den US-vergleichbaren Werte in der EG einzuführen. Sein
jetziges Getöse ist also wieder einmal das Gebrüll eines Löwen ohne Zähne.

(-/18.4.1985/bb/ks)

+ + +



Die Sprachregelungen des Herrn Stoltenberg

Die behauptete Wende in der Bauwirtschaft fand nur in Worten statt

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Gerhard Stoltenberg hat vor dem 1. Oktober 1982 die Wende in der Wirtschaftspolitik, in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Pleiten gefordert und nach dem 1. Oktober 1982 nicht geschafft. Eine Wende vollzogen hat nur er selbst - in seinen Sprachregelungen.

Im Januar 1982 sprach Stoltenberg noch von der "notleidenden Bauwirtschaft" und jetzt, nachdem die Lage der Bauwirtschaft wesentlich schlechter geworden ist, als sie 1982 war, spricht er von "Anpassungsproblemen" und "Strukturwandel", dem sich die Bauwirtschaft stellen muß.

Im einzelnen liest sich das so:

Oktober 1981: "Trauriger Rekord von über 10.000 Unternehmenszusammenbrüchen" und "Jahrzehntelange Anstrengungen zunichte gemacht".

Mai 1982: "Die größte wirtschaftliche Krisenerscheinung ist die Tatsache, daß jedes Jahr jetzt über 12.000 Betriebe in Konkurs gehen".

Juni 1982: "Wirtschaftliche Lage außerordentlich besorgniserregend".

Kurz nach der Wende, am 17. Oktober 1982:

"Das war eher ein Horror-Erbe, das wir übernommen haben", aber die Besserung kam bald: (9. Dezember 1982): "Nach einer langen Durststrecke zeichnet sich erstmals im Baubereich eine deutliche Verbesserung der Investitionsabsichten ab."

Nachdem die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter und die Zahl der Konkurse noch nie so hoch war wie 1984/1985 heißt es nun beschwichtigend: "Angesichts der Marktsättigung werde es für die Bauwirtschaft vor allem im Hochbau 'Anpassungsprobleme' geben" und: "aber auch die Bauwirtschaft müsse sich dem Strukturwandel stellen".

Mit einer Prophezeiung hat Stoltenberg Recht gehabt: Im Januar 1982 sprach er davon, daß die Bauwirtschaft ihre Talsohle noch nicht erreicht hat und er sprach von "sofort fälligen Entscheidungen". Mit dem ersten hat er (leider) Recht gehabt. Vom zweiten schweigt er jetzt.
(-/18.4.1985/rs/ks)

+ + +

